Deutscher Bundestag
7. Wahlperiode

Drucksache 7/5584

13. 07. 76

Sachgebiet 800

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Pfeifer, Dr. Gölter, Dr. Probst, Schedl, Hauser (Krefeld) und der Fraktion der CDU/CSU

betr. zusätzliche Berufsbildungsverwaltung

Die Bundesregierung behauptete wiederholt, daß das auch im Ausbildungsförderungsgesetz vorgesehene Bundesinstitut für Berufsbildung keine verwaltungsaufwendige neue Bürokratie erfordert. Demgegenüber hat nach Zeitungsberichten ein leitender Beamter des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft in Berlin vor den Mitarbeitern des Berufsbildungsforschungsinstituts erklärt, zusätzlich zu den dort beschäftigten 290 Mitarbeitern sollten bei der Gründung des von der Bundesregierung vorgesehenen Bundesinstituts für Berufsbildung weitere 120 Mitarbeiter eingestellt werden.

Wir fragen daher die Bundesregierung:

1. Trifft es zu, daß das von der Bundesregierung geplante Bundesinstitut für Berufsbildung bereits im Anlaufstadium über 410 Mitarbeiter verfügen soll?

2. Mit welchen Kosten (Investitionskosten und laufende Kosten pro Jahr) rechnet die Bundesregierung insgesamt für das Bundesinstitut?

3. Ab welchem Zeitpunkt soll das Bundesinstitut arbeitsfähig sein?

4. Ist die Organisationsstruktur des von der Bundesregierung geplanten Bundesinstituts, insbesondere im Hinblick auf das bereits bestehende Berufsbildungsforschungsinstitut für Berlin, geklärt? Wurden Untersuchungen angestellt, in welchem Umfang das Berufsbildungsforschungsinstitut durch Rationalisierung die Aufgaben des von der Bundesregierung geplanten Bundesinstituts mit übernehmen kann? Was ist das Ergebnis dieser Untersuchungen?

5. Sofern die Bundesregierung weiterhin von einem zusätzlichen Bedarf an Mitarbeitern ausgeht: Sollen die neuen Mitarbeiter des von der Bundesregierung geplanten Bundesinstituts mit Zeitverträgen gewonnen werden? Wenn nein,

Druck: Thenée Druck KG, 53 Bonn, Tel.: (02221) 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1, Postfach 821, Goethestr. 56, Tel. (02221) 36 35 51

wie sollen die zusätzlichen Mitarbeiter des Bundesinstituts in den Jahren ausgelastet werden, in denen der Fonds nach dem Willen von Bundesregierung, SPD und FDP, nicht arbeitet (d. h., in den Jahren, in denen das Angebot an Ausbildungsplätzen um mehr als 12,5 v. H. die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen übersteigt)?

6. Wo soll das von der Bundesregierung geplante Berufsbildungsinstitut seinen Sitz haben?

Bonn, den 13. Juli 1976

Pfeifer
Dr. Gölter
Dr. Probst
Schedl
Hauser (Krefeld)
Carstens, Stücklen und Fraktion